

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8-5 Uhr
Verleger: Voermörs-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

Der Wahlerfolg der Konservativen.

Die Liberalen aufgerieben. — Asquith geschlagen. — Arbeiterverluste hauptsächlich durch Bürgerblockbündnisse.

London, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Um zehn Uhr vormittags war der Stand der Parteien wie folgt:

Arbeiterpartei	78
Konservative	162
Liberales	23
Unabhängige	1

Es fehlt noch über die Hälfte der Ergebnisse, vor allem aus dem Norden (Schottland), der Hochburg der Arbeiterpartei. Der Reingewinn der Konservativen beträgt zurzeit 51 Mandate, der Verlust der Liberalen 35, der Verlust der Arbeiterpartei 16.

Diese Verluste der Labour Party ergeben sich aus der Tatsache, daß sie 34 bisherige Mandate verloren, dagegen 18 neue gewonnen hat.

Unter den zuletzt gemeldeten markanten Einzelniederlagen befinden sich die beiden liberalen Führer Mac Namara in Cambridge (London) und Sir Donald Mac Lean in Schottland. Ferner die beiden Bradford Arbeiterabgeordneten, Minister für öffentliche Arbeiten Jowett und Unterstaatssekretär für das Luftfahrtwesen Beach, gegen die sich der Bürgerblock gebildet hatte.

Konservative Mehrheit in Sicht?

London, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Wahlbeteiligung war außerordentlich lebhaft. In einzelnen Wahlbezirken sind mehr als 90 Proz. der Wähler zur Urne gegangen. Nach den bisher vorliegenden Resultaten, die natürlich noch keinerlei endgültiges Bild erkennen lassen, weil vor Donnerstagabend das Gesamtergebnis nicht zusammengestellt sein kann, haben die Konservativen einen bemerkenswerten Zuwachs erfahren. Die Konservativen werden auf jeden Fall gestärkt ins Parlament zurückkehren. Ob es der Arbeiterpartei möglich ist, ihren bisherigen Besitzstand zu vergrößern, ist noch nicht zu erkennen. Es scheint sicher zu sein, daß der Wahlkampf im wesentlichen auf Kosten der liberalen Partei geführt worden ist.

Die Siege, die die Arbeiterpartei nach den bis 5.30 Uhr morgens vorliegenden Meldungen verloren hat, sind fast ohne Ausnahme durch das liberal-konservative Wahlbündnis verlorengegangen. Die Konservativen haben bis dahin 30 Siege gewonnen und 3 verloren, die Liberalen 4 gewonnen und 20 verloren und die Arbeiterpartei 5 gewonnen und 16 verloren. Daraus ergibt sich, daß die Verluste der am bürgerlichen Wahlbündnis beteiligten Liberalen viel stärker sind als die der gemeinsam bekämpften Arbeiterpartei, während ihre Gewinne kleiner sind, als die Arbeitergewinne. Liberale und konservative zusammen haben 34 Siege gewonnen, sie haben aber nicht verhindern können, daß sie 23, also mehr als zwei Drittel der Zahl der Gewinne verloren haben.

London, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Wohl kaum in einem anderen früheren Wahlkampf ist das Interesse an der Feststellung des Resultats so lebhaft gewesen, als diese Nacht. Nach dem bisherigen Ergebnis der Wahl muß mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß die konservativen die absolute Mehrheit im Unterhaus, die ihnen bei der letzten Wahl im Dezember 1923 verlorengegangen ist, wieder gewinnen werden. Der Wahlsieg der Konservativen geht vollständig auf Kosten der Liberalen, deren Niederlage als vollständiger Zusammenbruch gewertet werden muß. Doch die Arbeiterpartei eine Reihe von Sitzen an bürgerliche Kandidaten abgeben mußte, war nach dem liberal-konservativen Wahlbündnis in einer großen Anzahl von Wahlkreisen ganz selbstverständlich. Immerhin hat die Arbeiterpartei auch in der Mehrzahl dieser Wahlkreise sich ausgezeichnet gehalten und den vereinten bürgerlichen Angriff abgeschlagen.

Asquiths Niederlage.

Die größte Sensation des Wahlkampfes ist die Niederlage des liberalen Führers Asquith, der von der Arbeiterpartei geschlagen worden ist.

Die Führung der Liberalen dürfte voraussichtlich an Lloyd George übergehen. London zeigt ein starkes Anwachsen der konservativen Stimmen, aber die Arbeiterpartei konnte trotzdem dort einen neuen Sieg erobern.

Asquiths Wahlkreis, Paisley in Schottland, war in den letzten Jahren sehr heiß umstritten. Bei der letzten Wahl hatte ihn der liberale Führer mit zwar 1725 Stimmen Vorsprung gehalten, dies aber in einem vierseitigen Wahlkampf, wo sich zwei Arbeiterkandidaten (ein Gewerkschaftler und ein Genossenschaftler) die Hälfte gegenseitig abnahmen, obwohl sie zusammen fast 2000 Stimmen mehr als der Sieger erlangt hätten. Diesmal zog sich der Konservative zugunsten von Asquith zurück, aber die Arbeiterpartei einigte sich auf den Namen des bekannten Glasgower Kommunalpolitikers Rossina Mitchell, der bei der vorletzten Wahl beinahe das Amt für sich errungen hatte, Bonar Law in seiner alten Hochburg Glasgow-Witte zu führen.

Die Niederlage von Asquith dürfte dadurch besondere politische Bedeutung erlangen, daß mit der automatischen Uebernahme der liberalen Führung durch Lloyd George die liberale Partei einen starken Rückgang nach rechts im Sinne der Bürgerblockpolitik gegen die Arbeiterpartei erfahren wird, während Asquith stets auf die Unabhängigkeit des fortschrittlichen Bürgertums Wert gelegt hatte und nun Anlehnung eher an die Arbeiterpartei suchte. Eine solche Wendung, weit davon entfernt, die Labour Party zu schwächen, kommt vielmehr ihrer eigenen Latenz entgegen, nämlich die St-

besetzen allmählich aufzureiben und ihre Nachfolgererschaft als große Fortschrittspartei zu übernehmen.

London, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die ersten sieben Resultate, die aus der Grafschaft Wiltshire nach London gemeldet wurden, waren sämtlich Siege der Konservativen. Vier der Wahlkreise haben sie der Arbeiterpartei und drei den Liberalen abgenommen. Die drei Wahlkreise von Salford sind ebenfalls von den Konservativen gewonnen worden. Salford-Nord war seit 1917 von dem bekannten Arbeiterführer Ben Tillet vertreten, während Salford-Süd und West beim letzten Kampf von der Arbeiterpartei gewonnen worden war. Auch Wakefield, das in der letzten Wahl von der Arbeiterpartei gewonnen worden war, ging an die Konservativen verloren. Der erste liberale Sieg, der gemeldet wurde, war die Erhebung des Mandats der Universität Wales, die vom ehemaligen Privatsekretär Lloyd Georges auf Kosten der Arbeiterpartei gewonnen wurde. Der erste Arbeitersieg wurde aus Middlesbrough gemeldet, wo Frau Wilkinson den bisher von den Liberalen innegehabten Parlamentssitz eroberte. Der Veteran der englischen Arbeiterbewegung, Tom Mann (Komm.), ist nicht gewählt worden. Miss Margaret Bondfield, das Mitglied des Arbeiterkabinetts und der erste weibliche Minister Englands, ist im „dreieitigen“ Wahlkampf mit 1006 Stimmen unterlegen. Aus dem Wahlkreis Macdonalds liegt noch kein Resultat vor, aber er wird sicher gewählt sein. Auch der Sitz Lloyd Georges scheint gesichert zu sein. Der liberale Führer Asquith ist unterlegen. Bis 4 Uhr morgens waren zwei Frauen gewählt und neun unterlegen.

Bis 5 Uhr morgens wurden gezählt: 3107.900 Stimmen für die Konservativen, 2.617.439 für die Arbeiterpartei, 1.002.680 für die Liberalen und 5267 für andere kleine Parteien.

Fast alle bisherigen Arbeiterminister sind, wenn auch teilweise mit verkleinerter Majorität, wieder gewählt worden, darunter der Pensionsminister Robert, der Kolonialminister Thomas, der Arbeitsminister Tom Shaw, der Kriegsminister Walsh, ferner Henderson, Clynnes, Trevelyan, Bonsonly, Redgewood.

Die liberale Niederlage.

London, 30. Oktober. (W.B.) (Reuter.) Die konservativen Wahlsiege waren eine Ueberraschung selbst für die alleroptimistischsten Konservativen, besonders die vielen Erfolge in den Industriebezirken kamen unerwartet. Viele konservative wurden mit einer Majorität wiedergewählt, die zehnmal größer ist als früher. Die Niederlage von Asquith in Paisley wird zur Folge haben, daß sich der liberale Führer von der Politik zurückzieht, und Lloyd George wird dann der unbeschränkte Führer der Liberalen sein. Die schweren liberalen Verluste sind besonders zurückzuführen auf die Taktik der Arbeiterpartei und der Konservativen, die in streng liberalen Gebieten doch einen Kampf der drei Parteien erzwingen und so die liberalen Stimmen zerstückeln. Unter den erfolgreichen Kandidaten sind noch zu nennen: der Pazifist Morel, der frühere irische Staatssekretär Hamar Greenwood, die Minister Thomas und Roberts; unter den geschlagenen Kandidaten befinden sich der ehemalige liberale Minister und jetziges Mitglied der Arbeiterpartei Addison und die Führerin der Arbeiterpartei Suzanne Lawrence. Die 8 kommunistischen Kandidaten unterlagen völlig, mit Ausnahme des Anders Saklatvala, der in Battersea den liberalen Kandidaten mit einer Mehrheit von 502 Stimmen schlug.

Die Reaktion reißt das Land mit!

London, 30. Oktober. (W.B.) „Daily Herald“ erklärt, bereits in den frühen Morgenstunden hätten alle Anzeichen für einen konservativen Sieg bei den Wahlen bestanden. Die liberale Partei habe eine vernichtende Niederlage erlitten.

In einem Artikel der „Daily News“, deren Schlagzeile lautet: „Die Reaktion reißt das Land mit“, heißt es unter der Ueberschrift „Antwort an Einwohler“: die bisherigen Wahlergebnisse lassen keinen Zweifel über die Stimmung im Lande. Die konservativen Gewinne mit riesigen Mehrheiten seien symptomatisch. Die Mehrheiten der Arbeiterpartei selbst dort, wo sie ihre Siege behielten, seien fast überall und sehr beträchtlich vermindert worden. Die Liberalen hätten alle ihre Sitze in Manchester verloren, wenn nicht noch irgendeine ganz besondere Veränderung eintrete, so müßte von ihrer vollständigen Niederlage gesprochen werden. Die Stimmen der Frauen seien diesmal entscheidend in die Waagschalen geworfen worden, und zwar überall gegen die Revolution. Der Sinowjew-Brief habe seine Arbeit getan. Der Wunsch nach einer stabilen Regierung habe über jede andere Bewegung triumphiert. Augenblicklich jedenfalls sehe es so aus, als ob die konservative Mehrheit im neuen Parlament nicht nur eine absolute sein werde, sondern auch stark genug, um die vereinigte Opposition über den Haufen zu werfen.

Nationalistenjubiläum in Paris.

Paris, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Obwohl bisher nur ein kleiner Teil der englischen Wahlergebnisse bekannt ist, jubelt die nationalistiche Presse von Paris bereits laut. So schreibt der „Gaulois“, es sei nunmehr mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß in kurzer Zeit die Konservativen in England wieder an die Regierung kommen und den entscheidenden Kampf gegen die demagogische Agitation der Kommunisten aufnehmen würden, deren England bei der vorigen Wahl kein politisches Sozialist ausgliedert habe. „Paris Journal“ erklärt, die Arbeiterpartei habe so viele politische Fehler begangen, daß ihre Niederlage unvermeidlich gewesen sei.

50prozentiger Bolschewismus.

Der kastrierte Sinowjew-Aufruf.

Unertliches, Unfassbares hat sich ereignet. Die kommunistische Partei Deutschlands, die bei jeder Gelegenheit untertreibt, daß sie den „Linkskurs“ in der kommunistischen Internationale vertritt und die „Bolschewisierung“ der Arbeiterbewegung anstrebt, hat nicht nur in striktem Widerspruch zu ihren Erklärungen gehandelt, sondern es auch zugelassen, daß ihr Zentralorgan, die „Rote Fahne“, ihre heiligsten Verpflichtungen gegenüber der Moskauer Exekutive in größtmöglicher Weise verlehrt hat.

Eine der wichtigsten Bestimmungen der bekannten Moskauer „21 Punkte“, über die es seinerzeit zur Spaltung der Unabhängigen in Deutschland sowie der französischen, italienischen und anderer sozialistischer Parteien kam, fordert, daß alle Kundgebungen der Exekutive der Dritten Internationale von sämtlichen angeschlossenen Parteien wörtlich in ihrer Presse veröffentlicht werden. Unseres Wissens ist diese Bestimmung nicht aufgehoben worden. Das deutsche kommunistische Zentralorgan hat jedoch gegen dieses Grundgesetz der kommunistischen Internationale in größtmöglicher Weise verstoßen, indem es den am 28. Oktober veröffentlichten Aufruf der Moskauer Exekutive an vielen Stellen gemildert und ganze Teile seinen Lesern vorenthalten hat. Statt die Partei zu „bolschewisieren“, ist die „Rote Fahne“ einem an sich anerkanntswerten „Opportunismus“ und „Revisivismus“ verfallen, der allerdings bald eine radikale „Säuberung“ an den leitenden Stellen der KPD. nach sich ziehen dürfte.

Ein Vergleich des in der „Roten Fahne“ veröffentlichten Aufrufes mit dem russischen Urtext in der Moskauer „Pravda“ beweist dies zur Genüge. Wir würden es zur Not noch verstehen, wenn aus dem Aufruf Kraftworte wie „freie“ Gewalt, „rohe“ Verfolgung, „läufiger“ Körper der Republik, „schändliche Republik“ entfernt worden sind. Diese Streichungen zeigen, daß die unentwegten „linken Führer“ der KPD. bereits so „opportunistisch verfeucht“ sind, daß sie gelernt haben, mit den gegebenen Machtverhältnissen zu rechnen. Aber warum haben sie solche Änderungen im Text des Aufrufes vorgenommen, die den Ruf der KPD. schädigen? Warum haben sie aus dem Satz, daß die kommunistische Partei der Vorkämpfer des revolutionären Proletariats sei, das Wort „heldenhaft“ gestrichen? Warum haben sie einen der folgenden Sätze, nach dem die KPD. die Führerin des deutschen Proletariats „geworden“ sei, dahin gemildert, daß die KPD. erst „die Führerin des deutschen Proletariats wird“? Nun einfach: In der „linken Führung“ dämmert die Selbsterkenntnis, daß die Lobspprüche der Moskauer Exekutive an die Adresse der KPD. unerdient und unberechtigt sind.

Einen geradezu revolutionären Vorstoß gegen die Moskauer Exekutive bedeutet es, wenn die „Rote Fahne“ aus dem Satze, wonach die kommunistische Internationale der „unversöhnliche Feind des internationalen Finanzkapitals“ sei, das Wort „unversöhnlich“ gestrichen hat! Diese Streichung enthält eine sichtbare Bosheit gegen die mit der Sowjetregierung aus engster lierter Moskauer Exekutive. Vielleicht soll sie gar auch eine Offerte an das internationale Finanzkapital darstellen, in der Zeit der russischen Konfessionsteilungen an amerikanische, englische, italienische, belgische und deutsche Kapitalisten sei es mit der vielgerühmten „Unversöhnlichkeit“ der kommunistischen Internationale nicht gar so ernst gemeint!

Aber es kommt noch besser: Aus dem Aufruf der Exekutive hat die „Rote Fahne“ den folgenden ganzen Passus fortgelassen:

„Schließen wir den eisernen Ring des proletarischen kommunistischen Kampfbündnisses um das revolutionäre Proletariat Deutschlands! Stellen wir dem wütenden Klassenhaß der deutschen Bourgeoisie die ganze Kampfenförmigkeit, den ganzen unerschütterlichen Mut und die grenzenlose Solidarität der kommunistischen Internationale entgegen. Die deutsche Regierung will die Internationale Hilfe daran hindern, die Opfer des weißen Terrors zu unterstützen. Sie wird in ihren Berechnungen getäuscht werden. Durch Tausende von Kanälen wird der Strom der revolutionären Solidarität nach Deutschland fließen.

Deutsche Arbeiter!

Ihr müßt zeigen, daß die deutschen Sozialdemokraten und die deutsche Bourgeoisie ihre gegenrevolutionären Rechnungen ohne den revolutionären Wirt gemacht haben. Je heftiger die Verfolgungen, desto größer das Vertrauen der ausgebeuteten und unterdrückten Masse zur kommunistischen Partei. Je frecher und schamloser sich die sozialistisch-nationalistische Demokratie als unverhüllte Diktatur des Kapitals erweist, desto leichter wird es euch, deutsche Genossen, sein, die Massen auf den Weg des Kampfes um die Diktatur des Proletariats zu stoßen.“

Aus den weiteren Teilen des Aufrufes sind merkwürdigerweise noch folgende Sätze gestrichen worden:

„Umwandelt jeden Betrieb, jede Fabrik in einen Stützpunkt des Kampfes!“

„Jeder Soldat der Revolution ist ein Führer der Revolution!“

Wenn diese hohlen, scheinrevolutionären Phrasen aus dem Aufruf der Exekutive verschwanden, so ist das sicher ein Verdienst, das sich die „linken Führer“ in Deutschland erwerben,

zumal in dem veröffentlichten Text noch genug Unsinne
zurückblieben mußte, der den wahren Charakter des kommunistischen Wortradikalismus dokumentiert. Wesentlich ist aber
bei all dem die Tatsache, daß jetzt auch schon von Ruth
Fischer und Schölem das Wort gelten muß:

„Und man will auch hier schon wieder
Nicht so wie die Geistlichkeit.“

Einmal haben die „linken Führer“ schon den Beweis dafür
erbracht. Sie erklärten vor den Wahlen pompös: sie betrach-
ten es als ihre Pflicht, in keiner Weise die Vertrauenswürdigkeit
von Verhandlungen im Reichstage zu wahren. Aber ange-
sichts der drohenden Gefahr des Ausschlusses aus dem Aus-
wärtigen Ausschuss bequemen sie sich zu einer gegen-
seitigen Erklärung, wodurch sie freilich ihre Pflichten
gegenüber der Moskauer Exekutive gröblich verletzten. Jetzt
haben sie gar durch ihre Zensur an dem Aufruf der Moskauer
Exekutive den zweiten Sündenfall begangen.

Es berührt schmerzhaft, daß der unentwegte, konsequente,
revolutionäre Gedanke Moskauer Prägung keine mäßigen, auf-
rechten Vertreter in Deutschland mehr hat. Neben den fünfzig-
prozentigen Deutschnationalen erscheinen jetzt die fünfzig-
prozentigen Kommunisten. Es geht abwärts mit
dem wahren Radikalismus in Deutschland! Was soll aus dem
deutschen Volke werden, wenn auf der Rechten wie der Linken
nur halbe Männer umherhinken? Wenn sogar die unentwegten
Bolschewisten ihrem obersten Konzil den Gehorsam kündigen
und dessen heilige Schriften derart — verstümmeln, daß
sie kaum noch wiederzuerkennen sind? Was soll aus dem
Bündnis zwischen Radek und Reventlow, zwischen Schölem
und Lubendorff werden, wenn programmatische Aufrufe der
Komintern nur in kasierter Form an die Öffentlichkeit ge-
bracht werden?

Wir fürchten, der Bannfluch wird bald von Moskau nach
Berlin gefunkt und die opportunistische Tätigkeit der vom
parlamentarischen Gift infizierten Vorkämpfer der reinen bol-
schewistischen Lehre ganz plötzlich lahmgelegt werden!

Kahr-Poehner.

„An den Treueid nicht gebunden...“

Der Monarchist und Hochverräter Poehner hat im Hitler-
Prozeß mehr oder weniger ausführliche Angaben nicht nur über
seine politische Einstellung, sondern auch darüber gemacht, wie er
als ein auf die republikanische Verfassung vereidigter Beamter fünf
Jahre lang das Geschäft des Hochverrats betrieben hat. Diese An-
gelegenheit erhält nunmehr ihre besondere Note durch gewisse Aus-
sagen, die Poehner in dem gegen ihn durchgeführten Disziplinar-
verfahren gemacht hat. Sie befinden sich nach dem „Wiesbacher
Anzeiger“ in dem Urteil der Disziplinarkammer für richterliche Be-
amte vom 12. Juli d. J. Poehner hat nach dieser Quelle erklärt:

„Als Monarchist bin ich an den Treueid gebunden,
den ich unter der früheren Verfassung als Beamter und Offizier
dem König geleistet habe. Die nach der Revolution zur
Herrschaft gelangten neuen Regierungen habe ich niemals an-
erkannt. Sie sind nicht legitim, weil der König auf seine Rechte
nicht verzichtet hat. Die von den Reichsherrn des Umsturzes auf-
gezwungene neue Verfassung Bayerns und des Reiches hatte da-
her keine verbindliche Wirkung. Ich habe deshalb den verlangten
Treueid auf die neuen Verfassungen als be-
deutungslöse Scheinerklärung betrachtet, bis ich,
weil einmal verlangt, zwar abgegeben habe, aber in der Ueber-
zeugung, nicht daran gebunden zu sein. Mein Vorgesetzter v. Kahr
hat diese meine Einstellung geteilt. Zwischen uns beiden hat
Uebereinstimmung darüber bestanden, daß der Treueid auf die
neue Verfassung unverbindlich ist.“

Selbst wenn Poehner kein Lügner ist, so ist klipp und klar die
Tatsache gegeben, daß außer ihm auch Kahr den Eid auf die Ver-
fassung als für sich unverbindlich ansieht. Das könnte man viel-
leicht nach hinnehmen, solange Kahr durch sein tägliches Fiasco
im Hitler-Prozeß als ein gestürztes Höhenbild angesehen werden
mußte. Nachdem er aber neuerdings auf einen der obersten Richter-
stühle Bayerns gehoben und in dieser Eigenschaft von der Regie-
rung als Hüter von Recht und Gesetz im Staat verpflichtet wurde,

Katholisches Theater.

Die Aufführung wurde von dem staatsmännischen Auge des
Reichstanzlers Marx überwaht. Also handelte es sich um Kunst-
politik, die übrigens schon sehr siegreich gearbeitet hat. Denn die
Theatergemeinden des (katholischen) Bühnenvolksbundes haben im
Zentrum-Deutschland schon zweihundert Bühnen an sich gebracht.
Die Einzug in das Dramatische Theater geschah, wie man weiß,
nicht ohne Gewalttat. Es wurden Dramaturgen, Regisseure, Schau-
spieler und Dramatiker bestraft, weil sie nicht im Zeichen des
Kreuzes leben wollten. Nach ihrer Abhiebsschneide lud man zur
„Kommstunde“ des Dichters Leo Weismantel ein. Es
erschien zur Ehre des Dichters hohe Zentrumswürdenträger
und zu ihrem Schutze zahlreiche Polizisten im grünen Sonntagrod.

Leo Weismantel, der so feierlich in Berlin eingebürgert werden
soll, gilt als Korrupte katholischer Dichtung. Das hindert ihn nicht,
von den röhren Bestandschauungsdichtern ein ganzes Woffenzug
der dichterischen Ausdrucksmittel zu bergen. Man entdeckt in Weis-
mantel außerdem eine reine, symbolische Kirchensprache, die nur
gelegentlich von Kapansjargon durchsetzt ist. Schließlich zeigt er
auch ein bescheidenes Temperament und Talent von selbständiger
Kraft.

Die „Kommstunde“ — das heißt: Anno tobac geschah eine
scheußliche Missetat. Vier unschuldige Menschen kamen um. Das
Gedächtnis dieses Ereignisses, das Gott so hinterlistig einfädelt,
soll dazu dienen, daß alle Leute in sich gehen an dem blutigen Tage
von Anno tobac. Dazu dient die „Kommstunde“, die gleichbedeutend
ist mit der Beicht- und Einkehrstunde. Die Menschen sollen in
dieser Stunde bezugen, ob sie Schüsse waren oder gute Gottes-
schöpfung. Es kommt an den Tag, daß Frau Melanie Ed ein räudiges
Schaf gewesen ist. Auch der Mann, der sie als Hüter und Gärtner
eingesetzt worden ist, der Schächler Gregor, war nur ein Bock und
Verführer. Alles das wird rühmlich, als der Krieg ausbricht und
Johannes Ed, der Mann der Melanie, vor die französischen
Kanonen muß. In dem Stücke heißt Johann der „Epherr“ der
Melanie. Dieser Titel ist charakteristisch für das Ganze. Während
Johannes brauchen ist, treiben der Schächler und Melanie Buh-
schaf. Buhschaf, sagt der Dichter einige Dutzendmal. Auch das ist
charakteristisch für ihn. Natürlich rächt sich die Buhschaf, und der
Schächler Gregor wird von der betrunkenen Melanie erschossen. In-
zwischen ist Frieden geworden. Revolution war gemein. Weis-
mantel löst den Weltumsturz, indem er predigt: Nicht von außen
her, sondern von innen, aus dem Menschen muß der Anfang aller
neuen Dinge kommen.

Das ist hübsch gesagt, wenn auch nicht ganz neu. Das Stück
heißt ein „Schicksalspiel“. Es unterscheidet sich aber nur im Titel
vom Kaufschillingen, was schon war. Das muß immer wieder be-

ist der Schwindel mit dem Treueid auf die Verfassung eine öffent-
liche Angelegenheit geworden, die der dringendsten Klärung bedarf.
Es wäre doch ein geradezu skandalöser Zustand im Leben eines
Staates, daß irgendeiner der Gerügten im Volke sich kein Recht
sprechen lassen muß von einem Manne, der das Grundgesetz
dieses Staates nicht anerkennt und entweder aus Wei-
gung zum Hochverrat oder zur Erhaltung seiner Existenz wissen-
tlich einen falschen Eid geschworen hat und dessen öffentlich ange-
kündigt ist. Es ist eine fittliche Pflicht der bayerischen Regierung, hier-
für sofort einzugreifen und zum mindesten die Behauptung des Herrn
Poehner in einem Disziplinarverfahren gegen Kahr prüfen zu
lassen.

Fälschung oder Wahrheit?

Die „geheime“ Anklageschrift.

Der Reichsanwalt Riethammer hat zweifellos sich alle Mühe
gegeben, die nur wegen Geheimhaltung angeklagten Führer
und Mitglieder der D. C. vor Bericht und in der Öffentlichkeit
zu entlocken. Da nun aber der Staatsgerichtshof seine
Entlastungsoffenheit mit einer Handbewegung beiseite schob und —
allerdings im Rahmen der Anklage — eine wesentlich schärfere Be-
urteilung der Ehreudinge eintreten ließ, so führt sich jetzt
einer der Verteidiger, Justizrat Hahn-Berlin, veranlaßt,
aus der als „geheim“ bezeichneten Anklageschrift einzelne ihm pas-
sende Stellen der Öffentlichkeit zu übergeben. Der zur Wahrung
des öffentlichen Rechtes eingeseht und beauftragte Reichsanwalt
wird von dem Verteidiger gewissermaßen als Kronzeuge für
die Unschuld der Verurteilten angezogen.

Man muß erörtern, daß die „geheime“ Anklageschrift bald-
möglichst der Öffentlichkeit übergeben wird, damit man erkennen
kann, in welcher Form ein Anwalt des Reiches beim Staatsgerichtshof
zum Schutze der Republik seiner Aufgabe gerecht
wurde, die Republik vor ihren Feinden zu schützen. Was der
Justizrat Hahn aus dieser umfangreichen Anklageschrift veröffent-
licht, sind willkürliche Zitate, die wegen ihrer Willkür ein halbes
Bild geben. Sie sind sicher geradezu gefälscht. So etwa,
wenn Hahn diesen Satz veröffentlicht:

Zur Zeit der Vorbereitung des Gesetzes zum Schutze der Repu-
blik erschienen weiter im „Vorwärts“ und dann in der „Freiheit“
die von Felix Claus, ehemaligem Mitglied Nr. 341 der D. C.
herrührenden Briefe mit der Ueberschrift „Verbrecherjahre der
Deutschnationalen“, welche dem Felix Claus seitens der Re-
daktionen der beiden Blätter mit je 400 M.
bezahlt wurden. „Die Sache ist“, wie es in der Anklage
heißt, „geschickt gemacht und wirkte“. Die Wirkung trat bei der
Bearbeitung des Gesetzes zum Schutze der Republik hervor und
sah u. a. darin ihren Ausdruck, daß verheißene Arbeiter am 4. Juli
1922 in Singen a. H., Amtsbezirk Konstanz, in die Wohnung des
Majors a. D. Scheurer eintraten und diesen Mann, der eine
Stellung im bürgerlichen Beruf gefunden hatte, entsprechend den
in jenen Zeitungen erlassenen Auforderungen lediglich aus dem
Grunde tötigten, weil sie ihn, übrigens zu Unrecht, für
ein Mitglied der D. C. hielten.“

Wir können trotz allem nicht annehmen, daß der Reichsanwalt
Riethammer einen solchen Unsinne in die „geheime“ Anklageschrift
geschrieben und der Oberreichsanwalt Obermayer das mit seiner
Unterschrift gedeckt hätte. Wo ist denn der geringste Beweis da-
für erbracht oder auch nur angetreten, daß die Arbeiter in
Singen wirklich von „Vorwärts“ und „Freiheit“ „verheißt“ wor-
den seien? Wo ist der Beweis dafür, daß wirklich der Tot-
schlag, wenn er überhaupt erfolgt ist, in irgendeiner Weise mit
der D. C. zusammenhängt? Hat der Reichsanwalt wirklich eine solche
beweislose Behauptung gegen den „Vorwärts“ und die
„Freiheit“ aufgestellt und diese Behauptung dann als „geheim“ er-
klärt, so wäre das eine derart leichtfertige Handlung, daß
wir dagegen auf das allerstärkste Einspruch erheben müßten.

Über wir vermuten, daß der Justizrat Hahn in dem Bestreben,
seine verurteilten Klienten nachträglich herauszupauken, willkürlich
eine solche gefälschte Zitatenammlung veröffentlicht,
ohne zu bedenken, wie schwer er den Reichsanwalt damit belastet.
Tob der „Vorwärts“ für energische Maßnahmen des Reiches zum
Schutze der Republik eingetreten ist, braucht weder bestritten noch
entschuldigt zu werden. Denn das war angesichts der Nord-
atmosphäre, die auch nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes

von der Organisation Comsol mitgeschaffen
wurde, und angesichts der tatsächlich erfolgten politischen
Morde an Vertretern der Republik eine Selbstverständlichkeit. Es
ist aber eine geradezu schamlose Verdrehung der Tatsachen,
wenn heute der und die Verteidiger der Geheimbünde es so dar-
stellen, als wenn der ganze gesetzliche Schutz der Republik auf die
Behauptungen einiger moralisch nicht intakter Personen zurückzu-
führen wäre. Das Gesetz zum Schutze der Republik ist erlassen
worden unter dem furchtbaren Eindruck des Rathenau-Mordes,
dem der Mord an Erzberger und das Attentat
an Scheidemann vorhergegangen war. Die Einbedeutung der
D. C. erfolgte lange vor dem Rathenau-Mord und irgendeine Be-
ziehung zwischen den Aussagen des Claus oder anderer von den
Verteidigern genannter Zeugen zu dem Geheimverrat besteht gar
nicht.

Wir können nicht annehmen, daß der Reichsanwalt so etwas
in seiner Anklage geschrieben hätte und müßten daher, bis zum Be-
weis des Gegenteils, annehmen, daß der Verteidiger Hahn die
Anklageschrift fälscht um seines Zweckes willen.

Neues vom „dummen August“.

Bisher wurde in kommunistischen Kreisen mit großer Entrüstung
immer wieder bestritten, daß die Moskauer Sowjetregierung den
Schnapsverkauf wieder legalisiert habe. Noch in den letzten Wochen
traten kommunistische Redner in den Versammlungen mit der Er-
klärung auf, daß von einer Wiedereinführung des Schnapsverkaufs
in Sowjetrußland keine Rede sein könne. Nun hat unser geistiger
Moskauer Bericht, „Der Schnaps ist wieder da“, den kommunistischen
Schönrednern und Lügnern das Konzept verdorben. Die „Rote
Fahne“ gibt kleinlaut zu, daß das seit 1914 bestehende Schnapsverbot
tatsächlich von der Sowjetregierung aufgehoben worden ist.
Aber die Erklärung, die der „dumme August“ dafür gibt, ist geradezu
klassisch. Die „Rote Fahne“ erzählt des langen und breiten, wie das
Alkoholverbot von den Bauern dadurch umgangen wurde, daß sie
selbstgebrannten Schnaps, den sogenannten „Samogon“, produzierten.
Alle Maßnahmen der Sowjetregierung gegen die Schnapsheute
fruchteten nichts. Deshalb entschloß sich die Sowjetregierung, den
Schnapsverkauf innerhalb gewisser Grenzen frei-
zugeben, um — „das vorhandene Uebel meistens zu
lösen.“

Man liest dies und staunt: Also der ganze ungeheure Nach-
apparat der Sowjetregierung, vor dem sich das ganze Volk beugt,
die ganze Machtfülle der angeblichen proletarischen Diktatur hat nicht
ausgereicht, um die heimliche Schnapsbrennerei der Bauern aus-
zuwurzeln und das vom Jarmus erlassene und jahrelang bestehende
Alkoholverbot aufrechtzuerhalten. Welch ein Armszeugnis
für die kommunistische Diktatur! Und wie jammer-
voll mutet die Ausrede an, daß die Sowjetregierung den Schnaps-
verkauf zugelassen habe, um „das vorhandene Uebel meistens zu
lösen“. Wenn der „dumme August“ keine besseren Ausreden hat,
so sollte er lieber den Mund halten.

Nationalistische Mordtat.

Stettin, 30. Oktober. (Eigener Drohbericht.) Im Orte Troken-
hagen bei Neubrandenburg erschloß der Fälscher Seidler den 22-jäh-
rigen Landarbeiter Paul Schieder. Der Fälscher hatte bei einer
Freiwilligkeit im Dorfe die Russier aufgefordert, ein nationalstisches
Spiel zu spielen, was von diesen aber abgelehnt wurde. Darauf
entschied Seidler einen Streit, in den auch der Bruder des Er-
mordeten und ein anderer Fälscher hineingezogen wurden. Im weite-
ren Verlauf der Auseinandersetzungen holte Seidler ein Jagd-
gewehr und schoß aus einer Entfernung von vier Metern den Land-
arbeiter nieder. Der nationalstische Mörder wurde
verhaftet.

Die Seipelpartei will nicht monarchistisch sein. Im Wiener
Nationalrat teilte der Präsident mit, daß der Abgeordnete Benze
(christlich-sozialer Monarchist) im Zusammenhang mit der von den
Monarchisten durchgeführten Gründung einer eigenen Partei sein
Mandat niedergelegt habe.

lant werden. Das bisherige Moralbrot und Symbolik, Dinge viel-
leicht, die den Bühnenvolksgenossen sehr am Herzen liegen, genügen
nicht, um aus einem halben Dutzend ein ganzes und zugkräftiges
Genie zu machen.

Die neuen Herren lassen übrigens auch elend, höhl, unzuläng-
lich und vorstadtmäßig Komödie spielen. Sie verwechseln das
Theatermachen mit der Schauspielerei und Regietätigkeit. Die Bühne
ist vollstimmend, aber nicht vollstimmlich ausgestattet. Zwei-, drei-
mal wird Fräulein Hagenbruch als Sündlerin und Mörderin
von einem guten Dichtermund getragen. Dann geht alles schnell
bergab ins Viehhäusertheater hinein. Marx Hochdorf.

„Dicht“ von Bert Brecht.

Das Deutsche Theater spielt jetzt auch eine Revue, und
zwar eine von ganz besonderer Art: ein „Schauspiel in zehn Bildern“
für die gebildeten, für die hochliterarischen Kreise. „Dicht“ oder
Untergang einer Familie“ nennt Berthold Brecht, der Dichter der
„Trommeln in der Nacht“ und des „Baal“, sein Schauspiel. Man
erinnert sich des Theaterkandals, der den „Baal“ vor einem Jahr
von Spielplan des Leipziger Theaters wegschaffte hat. Berthold
Brecht hat eine lyrische, an Christian Morgensterns Balluström-
gelingen erinnernde Feder, die aber fanatisch und mit Wucht Tinte
spritzt. Man denkt an Sturm und Drang und an Weckelnd.

Was „Dicht“ anbetrifft, so kann ich nur von dem äußeren Ge-
schehen berichten. Beim Aufgehen des Vorhanges beginnt die Dreh-
bühne zu kreisen und zeigt die ersten sechs Bilder des Schauspiels,
während hinter den Kulissen ein Schauspieler mit monotoner Stimme
eine Vorrede, eine Erklärung vorliest, in der die Zuschauer gebeten
werden, nicht nach den Motiven zu fragen. Dann steht das Re-
zuffell und wir bilden in einem dunklen Beibühnensticker. Der
Kommis zeigt einen Kriminalroman und bezeichnet ihn als schlechtes
Buch, während er eine Reisebeschreibung für gut hält. Der Kunde
indessen, ein reicher mosonischer Holzhändler Skint, will dem
Kommis George Garga keine Ansicht abkaufen; er soll fortan den
Kriminalroman als gut empfehlen und die Reisebeschreibung ein
schlechtes Buch nennen. Als sich Garga gegen die Gewissens-
vergewaltigung wehrt, kommen von dem Holzhändler gefaßte dumme
Erklärungen in den Laden, beschmen sich heftig und demotieren ihn
mit Seseletrübe. Der Kampf zwischen Garga und dem Mosanen be-
ginnt. Im nächsten Bild stürmt Garga, der Mann mit den festen
Ansichten und mit dem Gemissen in das Bureau des Holzhändlers
und wirft ihm vor, der Kampf werde mit ungleichen Waffen geführt.
Skint sei reich und er und seine Familie bitterarm. Da schenkt
ihm der Mosale mit einem Federstrich seinen ganzen Holzhandel.
Von nun an beginnt sich das Geschehen zu verwirren. Es geht durch
Dünn- und Dicht. Im Verlauf des Abends hatten die meisten Zu-
schauer das peinliche Gefühl, dümmere als die anderen zu sein, denn
sie wußten nicht, worauf der Dichter hinaus wollte. Offen gesagt,
ich war auch darunter. Aber ich kann mich trösten, bestimmt haben
75 Proz. der Zuschauer das Stück auch nicht verstanden. Der Ein-
druck des Abends war besenungsgeacht sehr stark. Das lag an der

genialen Regie des Erich Engel und an der Bekraftung eines
Frik Korner, eines Walter Franz, eines Paul Biddi und
der Franziska King. Der Beifall war stark umfritten. Fast drohte
ein neuer Theaterstondal zu entstehen. Der Verfasser wurde stürmlich
gerufen, aber in den Applaus mischten sich sehr energische Pfeife.
Dgr.

Wie weit man mit 1 Zentner Kohle kommt. Welcher Kraft man
sich auch zur Beförderung bedienen mag, schließlich ist es doch meist
die Kohle, die den zur Beförderung notwendigen Energiepotenzial
liefert. Bei der Eisenbahn beträgt der Kohlenverbrauch im allge-
meinen 10 bis 12 Kilogramm auf den Kilometer. Da ein Eisenbahn-
zug etwa 500 Personen befördert, entfällt auf die Person und den
Kilometer nur eine Kohlenmenge von 20 Gramm. Das heißt also:
mit einem Zentner Kohlen kann der Fahrpost eine Strecke von
2500 Kilometern zurücklegen, das ist etwa die Strecke von Königsberg
bis Posen. Bei langsam fahrenden Zügen, also bei Personen-
zügen, ist der Kohlenverbrauch sogar noch geringer. Ein Zug der
mit einer Geschwindigkeit von 100 Kilometern die Stunde fährt,
braucht viermal soviel Kohlen wie ein Zug der 50 Kilometer fährt.

Nach günstiger stellt sich die Rechnung für die elektrische
Straßenbahn. Ein Zentner Kohle liefert etwa 2000 Kilowattstunden
elektrischer Kraft. Ein Straßenbahnwagen fährt damit etwa
100 Kilometer. Wenn wir eine Belegung von 30 Personen an-
nehmen, so würde auf eine Person bei voller Belegung eine Strecke
von 3000 Kilometern entfallen, die mit einem Aufwand von einem
Zentner Kohle für die Person gefahren werden könnte.

Die Kessel eines Schnell dampfers brauchen jährlich etwa
600 Zentner Kohlen. Wenn das Schiff mit der Belegung 2500
Personen trägt und die Entfernung Bremerhaven-New York in sieben
Tagen zurückgelegt, entfallen auf den Kilometer Fahrt 14 bis
15 Zentner, d. h. auf den einzelnen Passagier etwa ein halbes
Pfund. Der Passagier eines Schnell dampfers legt also mit Hilfe
eines Zentners Kohle eine Strecke von nicht mehr als 100 Kilo-
meter zurück. Der Seeweg ist demnach, was den Betriebskost an-
langt, erheblich teurer als der Landweg. Das wird freilich durch
andere Vorteile — Fortfall der Streckenanlage — reichlich auf-
gewogen.

Doch sage. In der Humboldt-Hochschule hält Kurt Wesse
am Donnerstag, 8. Uhr, im Orgasaal, Friedrichstr. 154, einen Vortrag
mit dem Titel „Die Entwicklung der Kunst.“

Niederländische Heimstunde. Unter dem Protektorat des Kultus-
ministers findet anlässlich des 50. Todesjahres Friedrich Hecker in der Zeit
vom 2. bis 11. November in Berlin eine Früh-Hecker- und Niederländische
Heimstunde statt. Gestalt ist ein dialktischer Abendgesellschaft, eine
niederländische Sonderausstellung der Preussischen Staatsbibliothek, nieder-
ländische Dichter- und Balladenabende, sowie Lichtbildervorträge. Am
4. November findet eine große Früh-Hecker-Feier in der Universitäts-
kantine statt. (Da der unvermeidliche Herr Nothe und andere Reaktionskräfte unter den
Mitarbeitern angeführt werden — die Früh-Hecker nachträglich in
einen Schwarz-Weiß-Roten der unklar werden.)

Die beliebigen Jubiläumsmarkten. Die 75-jährigen Jubiläum
der Einführung der Biermarken in Belgien wird von der belgischen Post
eine Serie von Jubiläumsmarken herausgegeben, die in London nach einem
Entwurf von Graf Montenegro gedruckt werden und nebensächlich die Vor-
zügen König Leopolds I. und des gegenwärtigen Königs Albert zeigen.

Frankreichs Nationalisten / deutsche Wahlen

Deutschnationale Verdrehungsfünfte.
Durch die gesamte deutschnationale Presse geht neuerdings ein Zitat aus dem Pariser Organ der französischen Schwerindustrie „Journée Industrielle“, dessen Echtheit wir zwar nicht feststellen können, dessen Wiedergabe wir aber als richtig unterstellen wollen. Danach soll dieses Blatt den Eid der deutschen Demokratie gewünscht haben, weil dadurch Europa vor einer allzu schnellen Wiederherstellung des Deutschen Reiches bewahrt werden würde. Mit diesem Zeugnis gehen nun die Reaktionen bei ihren Gläubigen herüber, verschweigen aber sorgfältig die Tatsache, daß es sonst nur die Gegner Poincarés und des Nationalen Blocks sind, die im Interesse der Fortsetzung einer deutsch-französischen Friedens- und Annäherungspolitik die Niederlage der Rechtsparteien bei der nächsten Reichstagswahl wünschen. Die alberne und unbeweisbare Behauptung der „Journée Industrielle“, die im reaktionären Johrwater segelt, ist offenbar nur ein taktisches Argument, um den für die Poincaristen nachteiligen Wirkungen der erwarteten deutsch-nationalen Niederlage vorzubeugen.

Anderer reaktionäre Blätter Frankreichs haben bereits ihre Sorge vor einem demokratischen Umschwung in Deutschland mit einer Deutlichkeit enthüllt, die für die wahren Gefühle der Anhänger Poincarés viel kennzeichnender ist, als diese eine dumme Keuzerung des schwerindustriellen Organs. Im nationalistischen „Echo de Paris“ versucht der Hauptstabschef Berlingot Stimmung gegen die deutschen Einsparteien und gegen die englische Arbeiterregierung zu machen, um direkt Herriot zu treffen. Er spricht unumwunden die Befürchtung aus, daß ein Fortschritt der Demokratie in England und Deutschland den Gegnern Poincarés zugute kommen könnte. Noch drastischer äußerte sich der bekannte nationalistiche Außenpolitiker der „Liberté“ und der „Action Française“ in letzterem Blatt, als er im Hinblick auf die erwartete Niederlage der Reaktion und der Kommunisten am 21. Oktober schrieb:

„Das politische Leben Deutschlands wird ruhiger werden. Das ist eine Gefahr, eine ernste und schwere Gefahr. Anarchie in der Wirtschaft und in der Politik des Reiches war eine unserer besten Garantien.“

Wenn die Anhänger Poincarés und Millerands, wenn alle diejenigen, die gegen die Ruhräumung und gegen eine Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich überhaupt sind, das deutsche Wahlrecht befehlen, so würden sie nach ihrem eigenen Eingeständnis für die deutschnationalen Listen stimmen. Das deutsche Volk wird daraus die Schlussfolgerungen zu ziehen wissen.

Weniger Wähler, mehr Zeitungen.

Unter dem Titel „Nationalpost“ soll in Berlin am 1. November eine neue Tageszeitung, die die Interessen der Deutschnationalen Volkspartei vertritt, erscheinen. Die Zeitung erscheint wöchentlich sechsmal als Tagesausgabe und außerdem in einer Wochenausgabe Sonntags.

„Deutsche Tageszeitung“, „Kreuzzeitung“, „Deutsche Zeitung“, „Reichsbote“ — alle deutschnationalen Zeitungen in Berlin sind für die Reinfäger. Soll die „Nationalpost“ die Klageslieder der Ja-sager singen?

Sowjet-Rußland und Franzosenkapital.

Der Volksweltwund in der Wortentfaltung.
Paris, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die „Ere Nouvelle“ veröffentlicht eine Unterredung, die der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschichserin, einem ihrer Mitarbeiter gewährt hat. Tschichserin erklärt darin, daß die Sowjetregierung bereit sei: 1. die in den Händen französischer Kleinrentner befindlichen russischen Anleihen zurückzuzahlen; 2. unter gewissen Bedingungen den russischen Markt dem französischen Kapital zu öffnen; 3. die französische Industrie an den Konzessionen zu beteiligen, zu denen Rußland sich im vergangenen Jahre im Haag bereit erklärt habe.

Ministerkrise in Polen.

Zufolge nationalistischer Angriffe.
Warschau, 30. Oktober. (W.S.B.) Im Sejm kam es zu einem überaus heftigen Zwischenfall. Aufgebracht durch die togs vorher gehaltene Rede des Omannes des Nationaldemokratischen Klubs, Stanislaus Glominski, der der Regierung Fügbarkeit gegenüber dem Ausland vorwarf und darin eine Bedrohung der Zukunft des polnischen Staates erblickte, erhob sich Ministerpräsident Grabki plötzlich auf der Tribüne, stellte die Vertrauensfrage und verlangte die Abstimmung. Vom Verließ der Premier mit dem gesamten Kabinett dem Sitzungssaal. Im Sejm herrschte die größte Verwirrung. Der Sejmorschall unterbrach die Sitzung und berief den Kabinettsrat ein. In den Abendstunden wurde die Sitzung am morgen vertagt, um den einzelnen Klubs Gelegenheit zu geben, ihre Stellung zur Regierung Grabki zu klären.
Um 1/2 9 Uhr erschien Sejmarschall Rakoi im Klubstol der Parlamentsberichterhalter und teilte mit, die Lage sei zwar verworren, es könne jedoch angenommen werden, daß die Regierung über eine Mehrheit verfügen werde.

Englisch-türkischer Vergleich.

Vorläufige Schlichtung des Balfourkonflikts.
Drüßel, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der englisch-türkische Streit um die Grenze des Irak ist auf der hiesigen Sonder-sitzung des Balfourbundesrates geschlichtet worden. England so-mohl als die Türkei nahmen die Entscheidung des Balfourbundesrats an, die als vorläufige Grenze die Linie bestimmt, die im ersten Friedensvertrag mit der Türkei, in dem Vertrag von Seeres, festgelegt worden war. Diese Entscheidung greift der endgültigen Grenzbestimmung in keiner Weise vor, verbürgt aber bis zur Einigung über die Grenze den Frieden.

Reichstagskandidaten. Der Kreisverband Leipzig der Deutschen Demokratischen Partei stellte gestern einstim-mig den bisherigen Vertreter im Reichstag Prof. Dr. Walter Gößl wiederum als Spitzenkandidat auf; an zweiter Stelle wurde Frau Oberst Elisabeth Lange-Schwerin aufgestellt, an dritter Stelle Oberpostsekretär Wilhelm Biermann-Leipzig, an vierter Stelle Kaufmann Wilhelm Käster-Waldheim. Die demokratische Kandidatenliste schließt an 16. Stelle mit Senatsprä-sident I. R. Dr. Alfred Hagens aus Leipzig.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
Erlaubungen für diese Rubrik sind 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu erlösen.

13. Kreis-Vorstand, Tempelhofer. Die für morgen (Freitag) in Mariendorfer Park stattfindende, öffentliche Versammlung findet nicht statt. Die Teilnehmer alle Parteien einberufenen öffentliche Versammlung im Tempelhofer Park (Süd-Ost) am Sonntag, den 31. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, findet statt.
14. Kreis-Vorstand, Mitte, Donnerstag abends 7 1/2 Uhr, Pankow, Pankowstraße.

Die neue Brotpreisregelung.

Berlin, den 30. Oktober 1924.

Die mittlere Preisprüfungsstelle für Berlin und die Brotpreis-Prüfungskommission für den Kreis Berlin und die Provinz Brandenburg ist folgendes mit:
Bekanntlich galt vom Februar bis Ende August d. J. unper-ändert ein Preis von 50 Pf. für den Laib Brot von 1750 Gramm Gewicht bei einer Teigeinlage von 2000 Gramm. Als dann die Mehlpreise rasch und äußerst stark anzogen, war es unmöglich, den Brotpreis nach der bisher gel-tenden allgemeinen Preisalkulation nach längerer Anstrengung zu erhalten. In anderen Städten mußte den berechtigten Forderungen der Bäcker auf Erhöhung des Brotpreises nach den steigenden Mehlpreisen fortgesetzt nachgegeben werden. In Berlin hat aber die mittlere Preisprüfungsstelle einen anderen Weg eingeschlagen. Sie ging von dem Gedanken aus, daß die Berliner Bevölkerung zunächst an den einheitlichen Brotpreis von 50 Pf. gewöhnt sei, und daß in der Vorkriegszeit die Schwankungen des Mehlprieses durch wechselndes Brotgewicht zum Ausdruck gekommen sind. So gab es z. B. im Jahre 1894 für 50 Pf. durchschnittlich 2430 Gramm Brot und im Jahre 1891 nur 1560 Gramm. In den Jahren 1903 bis 1914 schwankte das Brotgewicht zwischen 1570 und 1850 Gramm. hauptsächlich ist es aber geradezu un-möglich, bei der unterschiedlichen Beschaffenheit des Bäckergewinnes, des Groß-, Mittel- und Kleinbrotbäcker, reine Brotfabriken und Gemischt-bäckereien umfaßt, überhaupt eine einwandfreie einheitliche Brotpreisalkulation aufzustellen. Von solcher Kalkulation und Preisfest-setzung konnten weder die Bäcker noch die Verbraucher oder die mit-wirkenden amtlichen Stellen jemals befriedigt sein. Deshalb ging die neue Vereinbarung der mittleren Preisprüfungsstelle mit dem Zweckverband der Bäckereimeister dahin, die Brotpreisbildung künftig freizugeben, also weder den Brotpreis noch das Gewicht weiterhin amtlich festzusetzen. Um einheitlichen Brotpreis von 50 Pf. soll zwar festgehalten werden, jedoch darf das Brotgewicht entsprechend der Steigerung der Mehlpreise wie ebendort vermindert werden. Bei steigenden Mehlpreisen ist es in gleicher Weise unmittelbar durch Vermehrung der Teigeinlage wieder zu erhöhen. Jeder Bäcker ist für ein angemessenes Brotgewicht selbst verant-wortlich. Durch diese Regelung ist nunmehr auch für Brot die freie Marktpreisbildung eingeschaltet, und die mittlere Preis-prüfungsstelle erwartet davon, daß nach Angebot und Nachfrage in-folge der Konkurrenz unter den Bäckern das Brotgewicht durch-schnittlich sich weniger mindern wird, als wenn ein einheitlicher Brotpreis bzw. ein gleiches Brotgewicht noch einer noch so scharfen Kalkulation festgesetzt würde. Interessant ist es, daß jetzt in Wien, wo man die allgemeine Verteuerung von Getreide und Mehl eben-falls wie bei uns, die Bundesregierung mit gleicher Begründung sich weigert, der Wiener Bäckereigenossenschaft Richtpreise für Brot zu geben und die einheitliche Brotpreisfestsetzung überhaupt ver-bieten hat. Die Erwartung eines billigeren Brotpreises durch höheres Gewicht, als nach strenger Kalkulation erforderlich, hat sich für Berlin tatsächlich erfüllt. Beweis dafür ist, daß noch genauer statistischer Erhebung der durchschnittlichen Brotlohn (Unter-schied zwischen dem Preis des Brotes und des dazu erforderlichen Mehles) von 36 Proz. auf 17 Proz. des Mehlprieses gesunken ist. Gleichzeitig muß freigestellt werden, daß das Ergebnis noch besser ausgefallen wäre, wenn nicht der Mehlmittelhandel bei

dieser Gelegenheit seine Verdienstsperre von 10 auf 15 bis 18 Proz. erhöht hätte. Im Anschluß daran betonte die mittlere Preis-prüfungsstelle, daß die Hausfrauen das wirtschaftliche Gesetz von Angebot und Nachfrage besser zu ihren Gunsten wenden könnten, wenn sie nicht nur bei Brot sondern auch bei Fleisch und anderen Lebensmitteln mehr darauf bedacht wären, dort zu kaufen, wo sie nach Qualität und Menge preiswürdig bedient werden. Die Preisprüfungsstelle setzt sich dafür ein, daß die freie Marktpreisbildung in volkswirtschaftlich gesunder Weise sich be-wirken könne. Planmäßige Regelung von Produktion und Absatz und nicht Preisbindung ihrer Mitglieder sei die vornehmste Aufgabe der Kartelle und sonstigen Wirtschaftsorganisationen. Wo daher Preisvereinbarungen in Einklang treten, werde die mittlere Preisprüfungsstelle ihr Recht der Preisprüfung und Preisüber-wachung schärfstens ausüben.

Die mittleren Preisprüfungsstellen, die seiner-zeit eine wichtige Rolle bei der Preisfestlegung der hauptsächlichsten Lebensmittel gespielt haben und die, wenn auch heute in eine sehr beschneidende Position gedrängt, nach dem allgemeinen Abbau der Kontrollstellen des Großhandels und Kleinhandels noch übrig ge-blichen sind, haben den Brotpreis „geregelt“. Indessen mit dieser Regelung kann die Deffektivität sich nicht so ohne weite-res einverstanden erklären. Diese Regelung besteht nämlich darin, daß fortan die Bäcker den Preis und das Gewicht des Brotes ganz nach Belieben festsetzen können. Die mittleren Preisprüfungsstellen geben sich dabei der trügerischen Hoffnung hin, daß bei einem Sinken der Mehlpreise die Bäcker automatisch auch das Gewicht des Brotes erhöhen werden. Abgesehen davon, daß an ein Sinken des Mehlprieses vorläufig nicht zu denken ist, darf vor allem nicht vergessen werden, daß der Mehlmittelhandel die gute Gelegenheit benutzte und für kräftiges Hochhalten der Preise sorgen wird. Die Preisprüfungsstellen müssen ja selbst zu-geden, daß der Zwischenhandel seine Verdienstsperren von 10 bis auf 18 Prozent erhöht hat, und die Preisprüfungsstellen vermögen nicht darzutun, daß diese Erhöhung notwendig und berechtigt ge-wesen. Die Preisprüfungsstellen zeigen sich bei der neuen Regelung des Brotpreises ferner nach der Richtung als Optimisten, weil sie hoffen, daß die freie Konkurrenz ein übermäßiges Steigen der Brotpreise verhindern wird, und daß die Bäcker, um möglichst viele Kunden zu haben, selbst dafür sorgen werden, daß der Brotpreis niedrig und das Brotgewicht nicht zu klein ausfalle. Diese Hoffnung kann man leider aus dem Grund nicht teilen, weil ja die Bäcker-innungen den Preis und das Gewicht festsetzen und die Bäcker sich dem fügen müssen. Wenn die Preisprüfungs-stellen endlich darauf hinweisen, daß sie einverstanden werden, wenn Preisvereinbarungen in Einklang treten, so weiß der Kenner, daß es sich dabei mehr oder minder nur um Verprechungen handelt, da die Preisprüfungsstellen heute gar nicht mehr die Macht haben, Kartellen und deren Preispolitik hindernd in den Arm zu fallen.

Warum wurde der Reichstag aufgelöst?

Bei der gestrigen Wählerversammlung in Riederhöfen sprach Gen. Crispian (M. d. R.) über das Thema „Warum wurde der Reichstag aufgelöst?“. Der Redner betonte, daß der Reichstag aufgelöst werden mußte, weil er eine Gefahr für ganz Europa bedeutete und ein trügerischer Putsch der monarchisti-schen und kapitalistischen Kräfte parhütet werden mußte. Unter Wählkampf ist für die ganze Welt, nicht nur für Deutsch-land, entscheidend. Nach dem Kriege stand Deutschland allein in der Welt, zwei überlegenen Weltmächten gegenüber, Groß-britannien und den Vereinigten Staaten, die den Frieden in ihrem Interesse diktierten. Die neutralen Mächte waren zu ohnmächtig, einen für Deutschland günstigen Einfluß ausüben zu können. Der Friedensvertrag war hart und gelangte erst nach vielen Kämpfen zum Abschluß. Aus dem Volk heraus wuchsen Kräfte, die bemüht waren, auf dem großen Trümmerhaufen ein neues Gebäude zu er-richten. Die Sozialisten begannen mit der Revision des Friedensvertrages, um günstigere Bedingungen zu er-zielen; leider waren die fremden Völker schwer zu überzeugen, daß es noch ein anderes als das monarchistische Deutschland gab. Denn die bürgerliche Presse stempelte es zur Kaserne, zum geistmühten Herrenvolk, während die sozialistische Presse totgeschwiegen wurde. Die Sozialdemokraten sorgten für Aufklärung; ihr Ziel hieß Friede-nsbereitschaft, auf dem Wege der Versöhnung wollten sie zum Wiederaufbau schreiten. Deutschland sollte 226 Milliarden Gold-mark zahlen! Die Sozialisten aller Länder, das Unmögliche ein-sehend, vereinigten sich, bezogen Stellung zu nehmen; sie führten Reformen zur Erleichterung herbei, u. a. das Londoner Abkommen, das heute im Mittelpunkt des Wählkampfes steht und keineswegs neue Kosten bedeutet wie fälschlich behauptet wird. Die sozialistische Internationale hat in Amsterdam dieses Abkommen bereits einer Revision unterworfen, um Deutschland die Reparationsteilungen zu erleichtern. Gegen diese Internationale wüsten nun Deutsch-nationale und Kommunisten, aus politischen Wahnsinn-stämmen sie gegen das Londoner Abkommen, das tatsächlich einen Fortschritt bedeutet. Diese Parteien müssen deshalb unschädlich ge-macht werden, um keinen unheilvollen Einfluß ausüben zu können. Aus diesem Grunde war die Auflösung des großesten aller Reichs-tage notwendig. Es geht jetzt um die Abrechnung der Sozialdemo-kratie mit dem Großkapitalismus; ein internationales Par-lament soll errichtet werden, um das sich die englische Arbeiter-partei große Verdienste erworben hat, und auch Herriot erstrebt einen europäischen Staatenbund. Die Sozialdemokratie bedarf aller Kräfte des Volkes, um die allgemeine Befundung herbeiführen zu können; sie allein bedeutet Sieg und Aufstieg der arbel-tenden Klasse.

Gegen den Anschlag der Hausbesitzer.

protestierte im Rahmen der Veranstaltungen der Mieterprotestwoche des „Reichsbunds Deutscher Mieter“ nun auch eine quibefehliche Ver-gammlung in Berlin-Pankow. Wie treffend die Ausführun-gen des Referenten, Landgerichtsrat Gen. Ruben, die hitzige Lage und die drohenden Gefahren kennzeichnete, bewies nicht nur der lebhafteste Beifall, sondern auch die Tatsache, daß mehrere der Herren Hausbesitzer bei den allzu deutlichen Formulierungen das Lokal schimpfend verließen. Wenn im Scherz „Grundbesitzentum“ geschrieben wird: „Wir müssen endlich wieder normale Verhältnisse bekommen“, so wissen wir ganz genau, welche der Redner fest, daß unter diesen „Verhältnissen“ die Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht 100, sondern 300 Proz. Mieterhöhung bedäufte, denn sonst würde sich das Geschäft nicht „rentieren“. Wer aber die Aufhebung der Zwangswirtschaft verlangt und sich nicht ganz entsprechend gleichzeitig für Erhöhung der Löhne und Gehälter einsetzt, ist ein unverantwortlicher Demagog. Schon bei der augenblicklichen Gelegenheit sind in Berlin im Monat September über 700 Räumungsflagen angelegt worden, nicht zu errechnen ist daher deren phantastische Ziffer, wenn die künftigen Befehle der kommenden Regierung nach den einseitigen Wünschen der Hausbesitzer, die ja schon jetzt im „Grundbesitzentum“ offen erklärt haben, daß sie „Schulter an Schulter mit Großindustrie und Hochfinanz, ihren natürlichen Ver-bündeten“, in den Wählkampf ziehen wollen, geschloffen werden würden. Dieselben Leute, die nicht das Geld haben wollen schadhafte Dächer ausbessern und defekte Wasserleitungen instandsetzen zu lassen, haben Millionen übrig für die verwerflichste Propaganda der

Rechtsparteien. Auf diese Vertretung „deutschnationaler Welt-anfchauung“ soll ihnen am 7. Dezember die gebührende Antwort zuteil werden.

Gegen konfessionellen Gewissenszwang der Schule.

Für die Schulkirchengänge zur Feier des Reforma-tionsfestes und ähnliche konfessionelle Veranstaltungen der Schule ist eine Mitteilung wichtig, die uns der „Bundesstüm-mel der Schulreformer“ macht. Diese Vereinigung hat die preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in einer Eingabe gebeten, angesichts mancher eingetragener Mißbräuche die Lehrer der Schule erneut darauf hin-zuwiesen, daß nach Art. 136 der Reichsverfassung niemand zu einer kirchlichen Handlung oder gar zur Teil-nahme an religiösen Übungen gezwungen werden kann. Darauf hat im Auftrage der Ministers der Ministerialdirektor Jahnke erwidert: „Da die Bestimmungen über die Teil-nahme von Schülern an religiösen Feiern ganz unzweifelhaft sind, bedarf es einer generellen Anordnung nicht. Sobald mir aber Eingekläufe vorgebracht werden, bei denen gegen diese Bestimmung verstoßen wird, bin ich bereit, für die Innehaltung der Bestimmungen zu sorgen.“ Der Vorstand des „Bundes entschiedener Schulreformer“ gibt diese ministerielle Antwort bekannt. Alle Eltern, Erzieher usw., denen Fälle von Gezwungenen der Schule gemeldet werden, fordert er auf, das Material unverzüglich dem Ministe-rialdirektor Jahnke (Berlin, Unter den Linden 4) zu unter-breiten.

Der größte Unterwasserstunnel fertiggestellt. Der Tunnel für Fahrzeuge unter dem Humber, der der größte Unterwasserstunnel der Welt sein soll, ist fertiggestellt. Präsident Coolidge hat gestern obend durch elektrische Fernzündung den letzten Sprengschuß ausgelöst. Der Tunnel verbindet Remport mit Newbery und kann täglich von etwa 45000 Fahrzeugen benutzt werden.

Eine Gedenktafel für Karl Marx in London. Im Londoner Gemeinderat hat Genosse Morrison den Antrag gestellt, am Wohn- und Sterbehause Karl Marx eine Gedenktafel anzubringen. Damit würde die Londoner Gedenkfeier der Internationale einen würdigen und bleibenden Nachklang gefunden haben.

Sport.

Internationaler Boxkampf-Abend. Der Sportklub Charlotten-burg war gestern abend im Sportpalast mit einem großen Programm auf, nicht weniger als zehn Kämpfe gelangten zum Auszug. Der Sport des Abends war gut, aber der Besuch ließ zu wünschen übrig. Raach (S.C.C.) und Fleischer (Rac) feierten mit klottem Kampf den Abend ein, letzterer gewann nach Punkten. Im Bantamgewicht standen Che Ling (S.C.C.) und Post (A.F.B. Bantow) im Ring. Hier vorrückte die harte Rechte des Bantowers gute Arbeit und Post konnte den Punktsieg davontragen. Ebenfalls wurde der Schwergewichtler Rade (S.C.C.) die Lieberzogenheit Gärkes (Heros) anerkennen und diesem den Punktsieg überlassen. Das erste internationale Treffen im Bantamgewicht der Raan (holland) gegen Ziegler (Mit-Wedding) endete nach klottem drei Runden mit dem Punktsieg über den Holländer. Brugant (holland) mußte ebenfalls die Lieberzogenheit des Deutschen Gärker anerkennen und diesem den Punktsieg überlassen. De Graaf (holland) kam um seinen verdienten Punktsieg über den Weiler-gewichtler Claus (S.C.C.), denn das Schiedsgericht erklärte letzteren zum Punktsieger. Dieses Urteil fand begrifflicherweise die schärfste Mißbilligung. Das Treffen des Australiers Carr gegen Weber (S.C.C.) brach der Ringrichter wegen Kampfunfähigkeit leider Gegner ab. Carr ist bekanntlich einer der besten Kämpfer seines Heimatlandes. Dem deutschen Meister im Mittelgewicht Rieke (Hamburg) gelang es, im guten Kampf den Holländer Brof nach Punkten zu schlagen. Der Halbfliegengewichtmeister Hollands Nelson gewann den einzigen Kampf des Abends nach Punkten und rettete damit die Ehre der Holländer, über Galkowski, der sich gegen den riesenhaften Holländer nicht entsinnen konnte. Einen guten Kampf zeigten das letzte Paar, Rispel (Hros) und der Holländer Beejmer. Hier gelang es ebenfalls dem deutschen Meister, Beejmer gut nach Punkten zu schlagen. Damit hatte Deutschland diesen Abend auf sein Konto gebracht. Alle Kämpfe gingen über drei Runden.

Gewerkschaftsbewegung

Der Einheitsfronttermin.

Am Schluß einer politischen Betrachtung, die in der heutigen Ausgabe der "Rollen" abgedruckt ist, heißt es:
 „Die Gefahren zeigen sich deutlich. Um ihnen zu begegnen, ist vor allem auch notwendig eine Verstärkung der Bewegung zur Vereinheitlichung der Gewerkschaften. Auch darin dürfen die Parteigenossen sich durch die Aufgaben des Wahlkampfes nicht ablenken lassen. Der Beschluß des Zentralkomitees, der für den Eintritt der Mitglieder der Partei in die Gewerkschaften bestimmte Termine festgesetzt hat, muß reiflich durchgeführt werden.“

Die kommunistische Partei verlegt also den Schwerpunkt ihrer politischen Agitation in die Gewerkschaften. Sie schickt ihre Mitglieder, soweit diese nicht in den „selbständigen“ kommunistischen Gewerkschaften bleiben, in die freien Gewerkschaften hinein, um darin erneut die kommunistischen Parteiparolen zu propagieren. Die gewerkschaftliche Aktion wird durch die kommunistischen Parteigenossen nicht etwa gefördert, sondern geklärt und geschwächt.

Gerade jetzt können die Gewerkschaften sich am allerwenigsten den Lügen gestatten, sich durch Ableitung kommunistischer Parteigrößen ihre Mitglieder aus den Versammlungen vertreiben zu lassen und sich mit Reformprojekten und dergleichen von ihren Aufgaben ablenken und ihre Taktik durchkreuzen lassen. So sehr die Gewerkschaften jedes neue Mitglied begrüßen, das sich in Reiz und Wut stellt, um die gewerkschaftlichen Aufgaben erfüllen zu helfen, so wenig können sie zulassen, daß unter gewerkschaftlichem Deckmantel kommunistische Parteitagitation betrieben wird. Die Termine dafür sind festgesetzt. Die Gewerkschaften müssen sich darauf einrichten, ihre Stuben sauber halten und sich mit aller Macht dagegen wehren, daß sie zum Tummelplatz der kommunistischen Propaganda werden.

Befoldungsbesprechungen im Reichsverkehrsministerium.

Wie die Telegraphen-Union meldet, findet morgen, Freitag, eine Besprechung im Reichsverkehrsministerium mit den Organisationen der Eisenbahnbeamten statt. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn-Gesellschaft wird sich voraussichtlich dazu äußern, wie sie sich zu der Neuordnung des Wohnungsgeldzuschusses und der Ortsklasseneinteilung stellen wird. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß diese Neuordnung auch von der Reichsbahn-Gesellschaft übernommen werden wird. Die Organisationen der Eisenbahnbeamten werden diese Gelegenheit benutzen, um ihre Wünsche über eine Verbesserung der Gehälter vorzutragen. Aber Voraussetzung nach wird die Hauptverwaltung der Reichsbahn denselben Standpunkt einnehmen wie das Reichsfinanzministerium, daß nämlich eine Erhöhung der Gehälter „noch nicht spruchreif“ sei.

Dieser Standpunkt der Reichsbahn-Gesellschaft, der offenbar aus ihren höheren Regionen berichtet wird, ist einmal sehr bequem, außerdem aber auch recht ölig. Die Frage ist nur, ob die Beamten sich ohne weiteres damit abfinden lassen.

Erneute Differenzen im Tapezierergewerbe.

Der im Tapezierergewerbe seit 15. August 1923 bestehende tariflose Zustand ist noch nicht behoben. Dreimal wurde von Arbeiterseite versucht, in endlosen Verhandlungen, diesem Zustand ein Ende zu bereiten, dreimal ist der Versuch, an den Verhältnissen des Berufes, an den Verschlechterungsgelüsten der Unternehmer gescheitert. Zum dritten Male sollte in den letzten Tagen der Versuch, einen Tarifvertrag unter würdigen Bedingungen abzuschließen, gemacht werden. Trotz der überaus günstigen Produktionsmöglichkeiten, trotz des Beweises, daß nur die Verhandlungskommission der Herren Arbeitgeber, nicht die Unternehmer im allgemeinen, die Verlängerung der Arbeitszeit fordert, sahen sich diese nicht veranlaßt, davon abzusehen, sie wollten ebendrei die Herren noch weiter verringern, den Arbeitsnachweis zu einer Väterlichkeit herabwürdigen und was sonst noch an Verschlechterungen der sozialen Bedingungen denkbar ist, durchzuführen.

Die Lohnforderung der Tapezierer zeigte daselbe Bild. Die Teuerung wird anerkannt, aber die Kosten der erhöhten Lebenshaltung liegen sich von den Arbeitern leichter tragen als von den Unternehmern.

Man fragt sich, woher die Herren den Mut zu derartigen Behauptungen nehmen. Die Herren wollen den Beweis führen, daß auch sie die Not der Zeit, die immer weiter um sich greifende Verelendung der Arbeiterklasse trotz ausreichender guter Beschäftigung auszumachen vermögen und ihre schon reichlich hohen Profite auf Kosten niedriger Arbeitslöhne noch weiter erhöhen wollen.

Die Geduld der Tapezierer Berlins ist auf eine harte Probe gestellt worden, und nimmt es nicht Wunder, wenn den Tapezierern endlich der Geduldssaden reißt und sie zum äußersten Mittel der Abwehr greifen.

Es scheint nicht möglich zu sein, im Tapezierergewerbe auch einmal friedlich zum Abschluß eines Tarifvertrages zu kommen. Die Erfahrung, daß in den letzten Jahrzehnten jeder im Tapezierergewerbe abgeschlossene Tarifvertrag nur mit Streit durchgesetzt werden mußte, hat die Scharfmacher im Unternehmerlager noch nicht belehrt. Die Arbeiter haben es an dem Willen zur Ver-

ständigung nicht fehlen lassen, um so mehr die Unternehmer, denen mithin alle Verantwortung für die Folgen zufällt.

Die Tapezierer haben unverzüglich die Reihen zu schließen. Sie müssen jetzt allemal dem Rufe der Organisation folgen. (Siehe Versammlungsanzeige.)

Lohnbewegung im Omnibusbetriebe.

Die Omnibusgesellschaft hat sich endlich nach mehrmaligen Verhandlungen und Verhandlungen durchgerungen und dem Personal ein Angebot vorgelegt, das jedoch keine hinreichende Aufbesserung der Löhne bringt und weit von der Forderung geblieben ist.

Gefordert wurde eine Erhöhung des Tagelohnes um 1 M. Beiwilligt wurden für den Fahrer 35 Pf., für die Schaffner 30 Pf., für die Arbeiter 25 Pf. pro Tag, berechnet nach dem bisherigen Spitzenlohn (in fünf Jahren). Jetzt soll der Fahrer den Höchstlohn in 20 Jahren, der Schaffner in 15 Jahren und der Arbeiter in 10 Jahren erreichen. Nach dem An-

Sozialdemokratischer Pressedienst.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ (ab 1. November „Sozialdemokratischer Pressedienst“) verlegt am 1. November seine Redaktion von Lindenstraße 3 nach Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Tel.: Dönhoff 4196-4198. — Telegrammadr.: Sopadienst.

gebote der Gesellschaft erhält demnach in der Spitze der Fahrer 182 M., der Schaffner 150 M., der Arbeiter 135 M. pro Monat. Verheiratete erhalten für die Frau und jedes Kind je 7 M. pro Monat. In Anbetracht der langen Dienstjahre ist das Angebot wirklich nicht verlockend und unattraktiv, da die Personenzahl, die in den Staus der Spitzenlöhne kommt, nicht groß ist. Die Gesellschaft hat in der Inflation einen Teil der Leute entlassen. Soweit diese später wieder eingestellt wurden, ist nur wenigen die Dienstzeit voll angerechnet worden. Den Fahrern ist bei der Umstellung des Betriebes in den Kraftwagenbetrieb die Dienstzeit als Ausfuhr nicht etwa voll angerechnet, sondern nur je fünf Jahre Ausfuhrdienst in ein Jahr Fahrerdienstzeit „umgerechnet“ worden. Es bleiben also nur recht wenige Fahrer und Schaffner übrig, die heute den Höchstlohn beziehen würden. Das jüngere Personal ist fast leer ausgegangen, denn eine Erhöhung von 25, 30 und 35 Pf. pro Tag reicht jetzt nicht mehr aus, um ein Brot kaufen zu können. Die Bezüge bleiben noch zurück hinter denen der Straßenbahnfahrer und -schaffner, die doch schon niedrig genug sind. Der Straßenbahnfahrer bezieht (über 24 Jahre alt) noch einen Dienstlohn pro Stunde 70 Pf., verheiratete mit einem Kind 76 Pf. Der Fahrer im Omnibusbetriebe würde nach dem Angebot der Gesellschaft nach einjähriger Dienstzeit 63 Pf., als verheirateter mit einem

Kind 60 Pf. pro Stunde erhalten. Erst wenn der Omnibusfahrer es fertig bringt, 8 Jahre Dienst zu tun, oder wenn er in der glücklichen Lage ist, heute schon 8 Dienstjahre zu haben, dann erst hat er den fürstlichen Lohn des Straßenbahnfahrers nach einem Dienstjahr. Der Omnibusfahrer erhält den Lohn von 60 bzw. 66 Pf. pro Stunde erst nach 15 Jahren, den der Straßenbahnfahrer bei einjähriger Dienstzeit (über 24 Jahre) erhält. Endlich der ungelernete Arbeiter im Omnibusbetriebe würde nach zehnjähriger Dienstzeit 54 Pf. Stundenlohn erhalten; der ungelernete Arbeiter bei der Straßenbahn erhält nach einem Jahr 53 Pf. Dabei besteht heute die Mehrzahl der „ungelernten“ Arbeiter im Omnibusbetriebe aus alten, im Dienst ergrauten Aufkäufern und Schaffnern, die 20 und mehr Dienstjahre hinter sich haben. Soll es auch im Omnibusbetriebe zu ähnlichen Katastrophen kommen wie im Straßenbahnbetriebe? Man ist auf dem besten Wege dazu; die Arbeitszeit ist unerträglich lang, die Fahrzeit nicht einzuhalten, die Löhne auch mit solcher Aufbesserung unzureichend.

Die Omnibusgesellschaft kühlt sich in ihrem Angebot auf die Lohnregelung im Hochbahnbetriebe. Dabei ist der Hochbahnbetrieb in der ständigen Gefahr, zum Stillstand zu kommen, eben weil das Betriebspersonal die Lohnregelung und den materiellen Inhalt des Tarifvertrages abgelehnt hat. Aber auch ohne dem können die Omnibusbetriebe sich nicht auf die Hochbahnlohnregelung einlassen, da sie glatt 17 Stunden Mehrarbeit pro Monat leisten, auch die fälschlichen und dienstlichen Anstrengungen der Fahrer sowie Schaffner viel größer sind.

Das Angebot der Direktion liegt dem Personal zur Beschlußfassung in zwei Versammlungen am Freitag vor. Der Beschluß kann in Anbetracht der hier geschilderten Verhältnisse nicht zweifelhaft sein.

Erfolgreiche Lohnbewegung.

Köln, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die eingeleitete Lohnbewegung für die Gruppe der Elektromonteur, Nebungs- monteur, Klempner und Installateure wurde mit Erfolg abgeschlossen. Ab 23. Oktober tritt eine Lohnerhöhung von 13 bis 15 Pf. in der Stunde in Kraft.

Uebergang zur Affordarbeit in Sowjetrußland.

Wib. meldt: Auf der Konferenz der Trusts wird die Erörterung der Frage der Hebung der Produktivität der Arbeit fortgesetzt. Auf den Fabriken des Ledertruits werden ungefähr 90 Proz. aller Arbeiter auf Affordarbeit gestellt. Die Fabrik Krasnij Treugolnik geht ebenfalls bis zum 1. November ganz auf Affordarbeit über.

Tapezierer! Morgen, Freitag, nachm. 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/25, öffentliche Versammlung aller Tapezierer und Röhrenbau-Gew. Berlins. Die Unternehmer im Abfertigungsgewerbe der Arbeiter. Da eine Kollisionsfrage besteht, müssen die organisierten Kollegen unbedingt fernbleiben oder Karte mitbringen. Die Ortsverwaltung.

Besondere für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Caternus; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Glöckner; Familien: Dr. John Schittowski; Lebens- und Konsum: Reich-Rohlfing; Anzeigen: Th. Glöckner; Schriftl. in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 61, Lindenstraße 3.



Wir machen das Rennen

weil wir durch eigene Anfertigung in der Lage sind, hervorragend gute

Herren- und Knaben-Kleidung

zu konkurrenzlos niedrigen Preisen in den Handel zu bringen.

Herren - Anzüge u. Mäntel	78.-	65.-	54.-	45.-	36.-	29.-
Burschen-Anzüge u. Mäntel	56.-	50.-	44.-	36.-	30.-	25.-
Knaben-Anzüge u. Mäntel	19 ⁷⁵	16 ²⁵	13 ⁵⁰	11 ⁷⁵	9 ⁵⁰	7 ⁷⁵

Loden - Joppen Loden - Anzüge Loden - Mäntel

Wegen des großen Andranges bitten wir höflich, nach Möglichkeit den Vormittag zum Einkauf zu wählen.

Friedrich Kerschhoff, Schönhauser Allee 127,

Ecke Gaudystraße, nahe Bahnhof Nordring.

Billige Schuhe bei guter Ware

Infolge besonders günstigen Einkaufs bringen wir der Großberliner Bevölkerung wieder große Posten Damen-, Herren- u. Kinderschuhe zu fabelhaft billigen Preisen so z. B. Herrenstiefel echt Rindbox gutes Material mod. Form M. 6.90 dto. auf Rand weiß gedoppelt M 9.80, Orig. Goodyear Welt mod. spitze Form Stiefel u. Halbschuhe M. 12.50 Damen-Halbschuhe, Wildleder imit. verschiedene Farben, Schnür, Spange und Pumps, Größe 35-38 M. 3.50. Alle Größen, moderne breite Schiebepumpe oder zum Schnüren, ganz moderne spitze Form, erstklassiges Material und Fabrikat M. 4.90. Damen-Halbschuhe, braun und schwarz, gutes Material, moderne Formen M. 6.90 Warme Hausschuhe M. 2.90, 3.90, 4.45 Babyschuhe, farbig und weiß, Leder und Stoff M. 0.95. Feine Luxusachen für Damen u. Herren in den neuesten Modeschöpfungen M. 12.80, 14.80, 16.80 etc. Sehen Sie sich bitte unsere 17 Schaufenster an

Gross-Details Schuh-Lokal Behrndt

Münzstr. 25 Frankfurter Allee 54
Kottbuser Damm 13

Strickwaren

u. Jacken 8/75 12.- 17.50, reine Wolle Ueber 200 Stk. v. d. kleinsten Kindergr bis zur größten Welt ständig a. Lager

Beyles sämtl. Fabrikate

zu Originalpreisen.

Bruno Richter & Co., Fabr.-Nldg. Thüring. Wollwaren - Bsp.-Pankow Mühlentstr. 1, Ecke Breite Str.

Guter Schlaf ist das beste Heilmittel.

Metallbetten für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehör, Stahlmatt. an Private Bequeme Bedingungen Katalog 30A frei

Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Pianos, Flügel

erstklassig, preiswert.

Römhildt,

Potsdamer Str. 126.

Auf Teilzahlung!

Herren-Garderobe

Gute Qualitäten zu soliden Preisen

CAMNITZER

Schönhauser Allee 82/1, am Untergrundbahn, Nordring

Ich verschenke

meine Kunden bis Ende Dezember

Speise- und Schlafzimmern, Küchen usw.

Diese Gegenstände sind bei der Firma

FECHNER & PREIDEL, Möbelfabrik, Neue Schönhauser Straße 2, ausverkauft.

Ferner 50 Preise à 10,- Mark bar. Keine Einzahlung irgend eines Betrages erforderlich. Kein Preisaufschlag. Bedingungen unveränderlich im Laden.

Trauringe

1 Ring 900 gest. 7 Gr. schwer M. 28.00
1 Ring 885 gestemp. von ... M. 4.00 an
1 Ring 333 gestemp. von ... M. 2.50 an

H. Wiese, Juweller

Berlin N., Artilleriestr. 30
Berlin W., Passauer Str. 12

Beim Umtausch werden die bei mir gekauften Ringe innerhalb eines Jahres zum vollen Preis zurückgenommen.

Preisliste gratis

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88

Fernsprecher: Norden 1198

Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel.

Ausführung sämtl. Reparaturen Preiswerte, gediegene Arbeit.

Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Auflage billiger des Vorwärts und trotzdem

Gelegenheit

Reste f. Wintermäntel u. Kostüme: Sealplüsch, Samt, Krimmer. Faltseiden u. Halbselben bedeutend unter Preis.

Haarpuder, Goltzstr. 2

(Grüne Waldstraße)

Metallbetten

Stahlmatt. Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.